

Stärkung der Investitionstätigkeit in Deutschland: Angebots- und Nachfragebedingungen im Blick behalten

Erik Klär
eklaer@diw.de

Über einen Punkt der wirtschaftspolitischen Debatte herrscht in Deutschland derzeit weitgehende Einigkeit: Für mehr Wachstum und einen nennenswerten Abbau der Arbeitslosigkeit bedarf es dringend einer nachhaltigen Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Investitionen. Die Investitionstätigkeit stagnierte aber in den vergangenen Jahren weitgehend. Zunächst hatte sich die rot-grüne Bundesregierung bemüht, das Investitionsklima durch niedrigere Unternehmenssteuersätze und eine Unterstützung für moderate Lohnabschlüsse zu verbessern. Auch die neue Regierung hat das Investitionsdefizit im Koalitionsvertrag als konkretes Problem benannt; unter anderem sollen Veränderungen bei den Abschreibungsregelungen und die für die nähere Zukunft anvisierte Unternehmenssteuerreform die Investitionsanreize erhöhen.

Die Maßnahmen beziehen sich fast ausnahmslos auf angebotsseitige Determinanten der Investitionsentscheidung, die Betrachtung der Nachfrageseite unterbleibt weitgehend. Argumentiert wird dabei meist monokausal, d. h. bezogen auf einzelne strukturelle Einflussfaktoren. Theoretische Erwägungen sowie empirische Evidenz stellen eine solche Sichtweise jedoch in Frage. Selbst nach der neoklassischen Investitionstheorie hängt der Umfang der Investitionen ebenso von angebots- wie von nachfrageseitigen Faktoren ab. Die Wirtschaftspolitik muss dem Rechnung tragen, wenn sie sich die Förderung der gesamtwirtschaftlichen Investitionstätigkeit zum Ziel setzt.

Investitionen in Deutschland: Nur langsames Verlassen der Talsohle

Die Investitionstätigkeit in Deutschland kommt nach einer langanhaltenden Schwächephase nur allmählich in Gang. In ihrem jüngsten Frühjahrsgutachten rechnen die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute nach 4 % im letzten Jahr mit einem Zuwachs der realen Ausrüstungsinvestitionen im laufenden Jahr um rund 5,5 %. Da auch die Bauinvestitionen ihren Tiefpunkt zunächst einmal überwunden haben, tragen die Investitionsausgaben 2006 erstmals seit geraumer Zeit in nennenswertem Umfang (0,5 Prozentpunkte) zum Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) bei, das in diesem Jahr bei 1,8 % liegen soll.¹ An dieser Einschätzung hat sich nach der jüngsten Prognose des DIW Berlin im Sommer 2006 nichts Wesentliches geändert (Abbildung 1).

¹ Vgl. Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute: Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 2006. Wochenbericht des DIW, Nr. 18/2006, 250 ff.

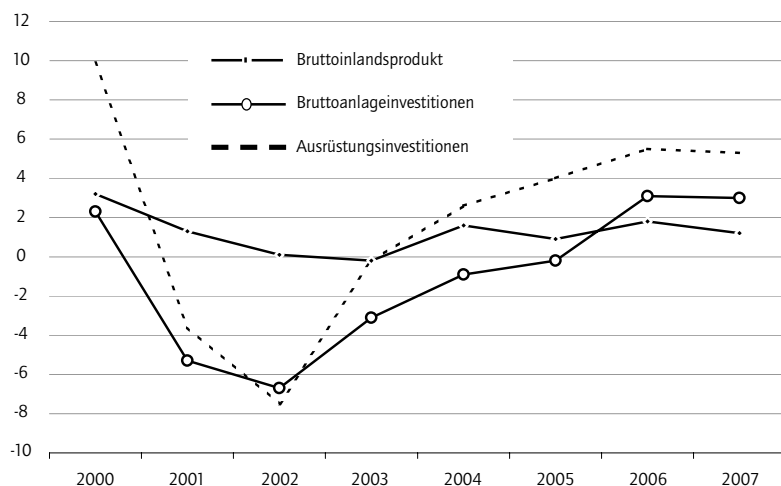
2. Bericht

Stärkung der Investitionstätigkeit in Deutschland: Angebots- und Nachfragebedingungen im Blick behalten
Seite 475

Abbildung 1

Bruttoinlandsprodukt, Bruttoanlageinvestitionen und Ausrüstungsinvestitionen, real, 2000 bis 2005

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



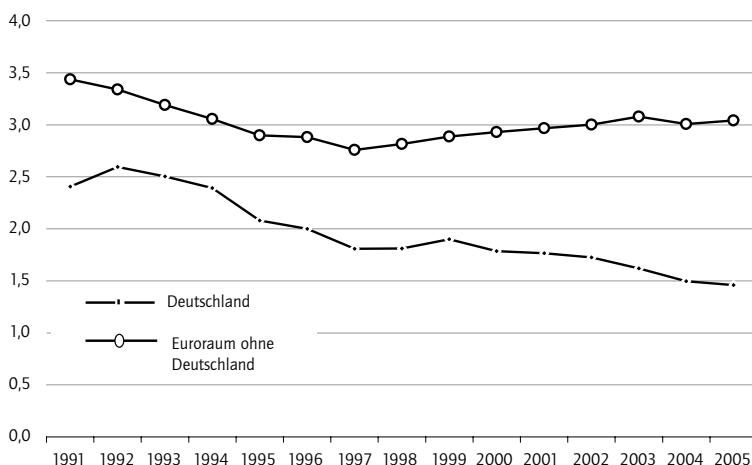
Quellen: Statistisches Bundesamt; 2006 und 2007: Prognose des DIW Berlin.

DIW Berlin 2006

Abbildung 2

Staatliche Investitionen im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt, real, 1991 bis 2005

In %



Quellen: AMECO Datenbank der Europäischen Union, Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2006

Dunkle Wolken ziehen am Horizont jedoch bereits wieder auf: Im kommenden Jahr geht das Wachstum der Ausrüstungsinvestitionen der Prognose zufolge schon leicht (auf noch reichlich 5%) zurück. Vor allem aber befürchten die Institute einen Abbruch des gerade erst beginnenden Aufschwungs – die Wachstumsrate des realen BIP wird demnach 2007 allenfalls noch 1,5% betragen.

Am Arbeitsmarkt ergibt sich dementsprechend kaum eine Entspannung. Tatsächlich zeigt der Blick auf die vergangene Entwicklung, dass eine über mehrere Jahre anhaltende Phase wirtschaftlicher Expansion mit deutlicher Zunahme der Investitionen notwendig ist, um substantielle Verbesserungen am Arbeitsmarkt zu erzielen.² Zur schwachen Entwicklung der privaten Investitionen kommt erschwerend hinzu, dass auch die staatlichen Investitionen infolge leerer öffentlicher Kassen auf ein Rekordtief gesunken sind und nur noch knapp 1,5% des BIP betragen – dieser Wert entspricht etwa der Hälfte des Durchschnittswertes für den Euroraum ohne Deutschland (Abbildung 2).

Für die anhaltende Investitionsschwäche in Deutschland werden in der wirtschaftspolitischen Debatte fast ausschließlich angebotsseitige Faktoren verantwortlich gemacht. Entsprechend ist es kaum verwunderlich, dass die zur Stützung der Investitionstätigkeit anvisierten Reformen sich primär auf eine Verbesserung des „Investitionsklimas“ konzentrieren – ob mit Hilfe niedrigerer Unternehmenssteuersätze, weiterer Arbeitsmarktflexibilisierung, einer Senkung der Lohnnebenkosten oder einer stärkeren Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. Als Rechtfertigung dafür wird auf die neoklassische Investitionstheorie verwiesen. Verwunderlich ist dabei aber, dass immer wieder übersehen wird, dass in dieser Theorie nachfrageseitige Faktoren bei der Investitionsentscheidung von Unternehmen eine mindestens ebenso große Rolle spielen wie angebotsseitige.

Angebotsseitige Faktoren wichtig für die Investitionsentscheidung ...

Im Hinblick auf die Determinanten unternehmerischer Investitionstätigkeit hat sich die neoklassische Investitionstheorie als Ausgangspunkt etabliert. Danach muss die Investitionstätigkeit unter Berücksichtigung des von den Unternehmen gewünschten Kapitalbestands erklärt werden.³ Unternehmen, so die Überlegung, investieren nicht wahllos in Rendite versprechende Projekte. Vielmehr streben sie einen längerfristig optimalen Kapitalstock an, der mit Art und Umfang ihrer geplanten Produktion kompatibel ist; diese kann wiederum unter Rückgriff auf eine unternehmensspezifische Produktionsfunktion abgeleitet werden kann.

Angebotsseitig steht dabei das Konzept der *Kapitalnutzungskosten* im Mittelpunkt: Es geht über den

² Der Aufschwung im Anschluss an die konjunkturelle Schwächephase Mitte der 90er Jahre etwa ging einher mit einer wesentlich robusteren Investitionstätigkeit (Zuwachs der realen Ausrüstungsinvestitionen 1997: +5%, 1998: +11,5%, 1999: +8,7%, 2000: +10%).

³ Jorgenson, D.: Capital Theory and Investment Behavior. American Economic Review 53, 1963, 247–259.

Vergleich mit der Rendite einer alternativen Finanzmarktanlage hinaus und gestattet somit eine präzisere Einschätzung der Kosten einer Sachinvestition. Die herrschenden *Zinssätze* an den Kapitalmärkten sind bei dieser Kostenbestimmung nur ein Faktor. Ihre relative Bedeutung hängt von der *Art der Investitionsfinanzierung* ab: Je höher der Anteil der Kosten eines Investitionsprojektes ist, der unternehmensintern finanziert werden kann, umso geringer ist die Bedeutung des Marktzinssatzes für die Investitionsentscheidung.⁴ Darüber hinaus sind steuerliche Faktoren zu berücksichtigen: Für sich genommen führen niedrigere effektive *Unternehmenssteuern* sowie günstigere *Abschreibungsregelungen* für veraltende Kapitalbestände zu geringeren Kapitalnutzungskosten und verbessern so die angebotsseitigen Faktoren für Investitionen. Steigende Kapitalnutzungskosten ergeben sich dagegen in einem Umfeld höherer Unsicherheiten hinsichtlich der zu erwartenden Entwicklung wichtiger makroökonomischer Größen (Preise, Zinsen, Wechselkurse etc.), wenn Investitionskosten im Falle einer ungünstigen Marktentwicklung nicht in vollem Umfang wieder hereingeholt werden können.⁵

Ihre Bedeutung für die Investitionsentscheidung erhalten die Kapitalnutzungskosten (im Zusammenspiel mit den Kosten des Faktors Arbeit) aber erst im Kontext der Produktionsfunktion, die für jede betrachtete Firma den optimalen, angestrebten Kapitalstock bestimmt. Für gegebene Faktorpreise – also Kapitalnutzungskosten und Lohnsätze – und ein gegebenes Verhältnis von Faktorpreisen zu am Markt erzielbaren Absatzpreisen existiert auch eine optimale Produktionsstruktur, die in der Produktionsfunktion abgebildet werden kann. In ihr sind das Verhältnis von Faktoreinsatz zu Produktionsausstoß sowie das Einsatzverhältnis der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital zueinander festgelegt. Bleiben Faktor- und Absatzpreise konstant, werden nach Erreichen des optimalen Kapitalstocks nur noch *Ersatzinvestitionen* getätigt.

Die entscheidende Frage lautet nun: Was geschieht, wenn sich die zugrundeliegenden Preise verändern? In diesem Fall kommt es zu Anpassungsprozessen, die sich nach kurzer und längerer Frist unterscheiden lassen: In der Kurzfristbetrachtung ist der Kapitalstock weitgehend fix, und eine Veränderung der Produktion erfolgt primär durch Variation des Arbeitseinsatzes, während auf längere Sicht auch der Kapitalbestand angepasst werden kann. Zudem sind Unternehmen kurzfristig auf ein bestimmtes Produktionsverfahren festgelegt, in der längeren Frist hingegen ist das Produktionsverfahren selbst – und damit die Produktionsfunktion – veränderlich. Verschiebt sich das Faktorpreisverhältnis nachhaltig, ergeben sich ökonomische Anreize für die Entwicklung neuer Produktionsverfahren, die einen Mehreinsatz des relativ gesehen günstiger gewordenen Faktors bedeuten.

Auch eine dauerhafte Erhöhung des erzielten *Absatzpreises* kann auf längere Sicht zu einer Änderung des Produktionsablaufs führen. So ist denkbar, dass eine nennenswerte Ausdehnung der Gesamtproduktion als Reaktion auf höhere Absatzpreise den effizienten Einsatz alternativer Produktionsverfahren ermöglicht. Geht man davon aus, dass eine solche Umstellung wiederum zusätzlicher Investitionen bedarf, dann hat in diesem Falle die ursprüngliche Preisänderung einen über den unmittelbaren Effekt hinausgehenden Einfluss auf die Investitionstätigkeit.

... ebenso aber auch die Entwicklung der Gesamtnachfrage

Die Berücksichtigung von Veränderungen bei den Absatzpreisen verweist somit auf die zweite entscheidende Determinante der Investitionstätigkeit: die Entwicklung der *gesamtwirtschaftlichen Nachfrage*. Unter der neoklassischen Annahme perfekter Konkurrenz und bei gegebener Produktionsfunktion können Preisanpassungen – wie sie im vorherigen Absatz angenommen wurden – allein Folge einer veränderten Nachfragesituation sein, d. h. einer Verschiebung der relevanten Nachfragekurve. Unternehmen, die sich einer vermehrten Nachfrage nach ihren Produkten gegenüber sehen, dehnen ihre Produktion aus, und dabei kommt es zu den beschriebenen Effekten bei der Investitionstätigkeit. Hier handelt es sich um *Erweiterungsinvestitionen*, von denen ein positiver Beschäftigungsimpuls erwartet werden kann.

Nachfrageverschiebungen ihrerseits können die Folge geänderter Präferenzen sein. Bei konstantem Volkseinkommen wird eine Nachfrageerhöhung an einem Markt aber notwendigerweise durch einen Nachfragerückgang an einem anderen Markt ausgeglichen werden. Die ausgelösten Anpassungsprozesse bei Kapitalstock und Beschäftigung werden zwar nicht genau spiegelbildlich ausfallen, sich aber trotzdem annähernd kompensieren. Bedeutsamer ist daher der Fall einer *autonomen Ausweitung der Gesamtnachfrage*. Eine solche wiederum kann durch einen Anstieg der Nachfrage des Auslands zustande kommen, durch einen Rückgang der inländischen Sparquote und einen entsprechenden Anstieg der Konsumquote, oder dadurch, dass sich das Volkseinkommen insgesamt erhöht und damit auch bei gleichbleibendem Spar- und Konsumverhalten die absolute Nachfrage zunimmt.

Diese Überlegung ist zentral. Zweifellos trifft es zu, dass Unternehmen, die vor einer Anlageentscheidung

⁴ Dabei bleiben allerdings die entsprechenden Kapitalmarktrenditen im Sinne der Opportunitätskostenrechnung für die *marginale* Investition in Sachkapital der entscheidende Faktor.

⁵ Vgl. in diesem Zusammenhang etwa Dixit, A., Pindyck, R.S.: *Investment Under Uncertainty*. Princeton 1994.

Determinanten der Unternehmensinvestitionen: Ökonometrische Evidenz

Im Rahmen der Arbeiten an einem makroökonomischen Mehrländermodell hatte das DIW Berlin für Deutschland eine langfristige Beziehung zwischen den Ausrüstungsinvestitionen (erklärte Variable) und der *gesamtwirtschaftlichen Endnachfrage* sowie den *Finanzierungskosten* der Unternehmen (erklärende Variablen) nachgewiesen.¹ Die Gesamtnachfrage als Summe aus Binnennachfrage (inklusive Investitionsnachfrage) und Exporten wird als Indikator für die Entwicklung der *Unternehmensumsätze* benutzt, die wiederum als in engem Zusammenhang mit der *Gewinnentwicklung* der Unternehmen stehend interpretiert werden. Die Aufnahme der Investitionsausgaben in die Reihe der erklärenden Variablen wird damit begründet, dass sie ihrerseits zusätzliche Investitionen nach sich ziehen können. Die Finanzierungskosten werden über das *Zinsniveau* für Anleihen mit fünfjähriger Restlaufzeit abgebildet. Zu dieser langfristigen Beziehung treten als kurzfristige Einflussfaktoren die *Aktienkursentwicklung*, die *Lohnstückkostenentwicklung* sowie ein Indikator für die *Auslastung des Kapitalstocks*. Für die von diesen Größen induzierten Veränderungen wird angenommen, dass sie in der mittleren Frist nach entsprechenden Anpassungen an Bedeutung verlieren. Die Gleichung wird schließlich ergänzt durch einen Indikator der *Abweichung des Bruttoinlandsprodukts vom Trendwachstum*, mit dem die Rolle der *Geschäftserwartungen* eingefangen werden soll. Dahinter steht die Überlegung, dass Erwartungen optimistischer sind, wenn das BIP schneller wächst als im langjährigen Trend, und pessimistischer in Phasen der Wachstumsschwäche.

Die Schätzung auf der Grundlage unbereinigter Quartalsdaten von Anfang 1984 bis zur Jahresmitte 2002 bestätigt den ökonomischen Zusammenhang. Die langfristige Wirkung einer Erhöhung der Gesamtnachfrage um 1 % auf die Investitionsnachfrage beträgt 0,97 %. Eine Erhöhung des Zinsniveaus um einen Prozentpunkt dagegen führt zu einer Verringerung der Investitionstätigkeit um etwa 3 %. Allerdings ist zu beachten, dass die Signifikanz der Zinsvariablen schwächer ausgeprägt ist. (Bei einer Konzentration auf Bauinvestitionen ist die Signifikanz des Zinssatzes gegeben. Bauinvestitionen weisen aber auch typischerweise ein größeres Volumen auf, was die Bestreitung der Finanzierung aus eigenen Mitteln weniger wahrscheinlich macht und somit die Bedeutung der externen Finanzierungskosten erhöht.)

Die übrigen aufgenommenen (kurzfristig relevanten) Variablen zeigen sich bei der Erklärung des Investitionsverhaltens als signifikant und weisen das erwartete Vorzeichen auf. Eine einprozentige Erhöhung der Lohnstückkosten führt kurzfristig zu einer Verringerung der Ausrüstungsinvestitionen um 0,3 %, ein gleich hoher Kursgewinn am Aktienmarkt hingegen lässt die Investitionen um 0,06 % zunehmen. Veränderungen der Variablen, die langfristig bedeutsam sind, haben zudem auch eine kurzfristige Wirkung auf die Investitionstätigkeit, wobei hier die Bedeutung der Gesamtnachfrage überwiegt: Eine einprozentige Erhöhung führt zu einer Ausweitung der Investitionen um 1,35 %.

Im Großen und Ganzen werden durch diese ökonometrische Untersuchung für Deutschland die grundsätzlichen Schlussfolgerungen aus der neoklassischen Investitionstheorie gestützt. Dazu gehört auch der eindeutige Einfluss der Nachfragekomponente, die sich in der kurzen ebenso wie in der langen Frist als signifikant erweist.

¹ Ha Dong, M., Logeay, C., Stephan, S., Zwiener, R.: Data Documentation 1, Modelling European Business Cycles, DIW Berlin 2005.

stehen, die Rentabilität einer Sachkapitalinvestition genau prüfen. Die Verbesserung der angebotsseitigen Investitionsbedingungen kann daher die Chancen dafür verbessern, dass Investitionen im Inland getätigt werden und nicht etwa im Ausland. Übersehen darf man dabei allerdings nicht, dass die Frage, ob *überhaupt* eine Sachkapitalinvestition in Erwägung gezogen wird, davon abhängt, ob das Unternehmen erwartet, dass es zusätzliche Produkte auch am Markt absetzen kann. Diese Implikation ergibt sich direkt aus der neoklassischen Investitionstheorie und wird durch empirische Studien zu den Determinanten der Investitionstätigkeit bestätigt (Kasten).

Von einer einseitigen Wirkungsrichtung kann also nicht die Rede sein. Die Wachstumsschwäche der deutschen Wirtschaft ist nicht nur Folge der schwachen Investitionstätigkeit, sondern die schwache Investitionstätigkeit ist ebenso Folge der Wachstumsschwäche und der mit ihr zusammenhängenden Stagnation der privaten und öffentlichen Nachfrage in Deutschland. Zwar kann bei Produzenten handelbarer Güter eine sich günstig entwickelnde Auslandsnachfrage, wie sie in den letzten Jahren zu konstatieren war, bis zu einem gewissen Grad Impulse für zusätzliche Investitionen geben. Für Unternehmen, die vornehmlich am nationalen

Markt tätig sind, spielt hingegen die Inlandsnachfrage die wesentlichere Rolle. Hinzu kommt, dass die Entwicklung der Auslandsnachfrage und ihrer Determinanten (Wachstums-, Preis- und/oder Wechselkursentwicklung) im Gegensatz zur Binnennachfrage außerhalb der Reichweite nationaler Wirtschaftspolitik liegt. Sich bei der Schaffung neuer Beschäftigungsmöglichkeiten durch Investitionen wie in den vergangenen Jahren vornehmlich auf den Exportmotor zu verlassen, ist aus diesem Grund eine riskante Strategie. Ein stärkerer Rückgang der weltwirtschaftlichen Wachstumsdynamik würde Deutschland derzeit zwangsläufig in die Stagnation zurückwerfen. Im Gegensatz zum Aufschwung Mitte bis Ende der 90er Jahre, in dem die privaten Konsumausgaben immerhin noch mit nennenswerten Zuwächsen die gesamtwirtschaftliche Entwicklung stützten, blieb deren Beitrag in der gegenwärtigen Aufschwungphase bislang gering (Abbildung 3).

Angebots- und Nachfrageseite gleichermaßen im Blick behalten

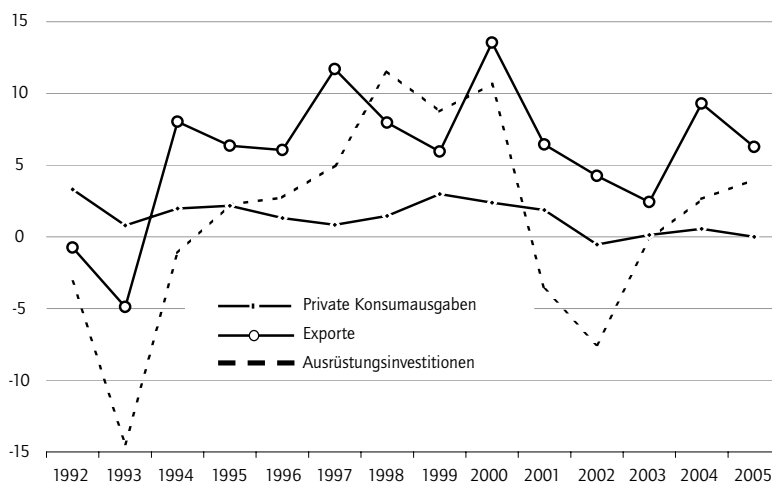
Die in der Debatte postulierten eindeutigen angebotsseitigen Kausalketten stellen bezüglich der Investitionstätigkeit – wie in den meisten ökonomischen Zusammenhängen – eine unzulässige Vereinfachung dar. Eine adäquate Erfassung wechselseitiger Wirkungen ist unerlässlich, will man beurteilen, welche wirtschaftspolitische Maßnahmen geeignet sind, die Investitionsdynamik in Deutschland zu stärken. Die anvisierten Maßnahmen krankten allerdings daran, dass sie fast ausschließlich angebotsorientiert sind: Die Lockerung des Kündigungsschutzes sowie die Senkung der Lohnnebenkosten sollen die Arbeitskosten eindämmen, neue Abschreibungsregelungen die Kapitalnutzungskosten verringern. 2008 soll eine Unternehmenssteuerreform weitere Entlastungen bringen. Die nicht zuletzt auch aufgrund der fortgesetzten Lohnzurückhaltung weiter steigenden Unternehmensgewinne werden, so hofft man, bei verbesserten Angebotsbedingungen auch wieder zu steigenden Investitionsausgaben führen.

Die Hoffnung ist nicht neu. Dass sie sich schon während der zurückliegenden Legislaturperiode nicht erfüllte,⁶ war unlängst Anlass zur so genannten „Kapitalismus-Debatte“, in der seitens der Politik die „Gewissenlosigkeit“ und der „mangelnde Patriotismus“ deutscher Manager gegeißelt wurde, die höhere Gewinne eher für Aktienrückkäufe, den Ausbau von Unternehmensbeteiligungen oder Ausschüttungen verwendeten als für Erweiterungsinvestitionen. Ähnliche Vorwürfe sind auch aus den Reihen der neuen Bundesregierung wiederholt worden. Sie führen jedoch am eigentlichen Problem vorbei: Ökonomisch ist es wenig sinnvoll, die Produktionskapazitäten auszuweiten, solange die

Abbildung 3

Private Konsumausgaben, Exporte und Ausrüstungsinvestitionen, real, 1992 bis 2005

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Quellen: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2006

Entwicklung der Nachfrage keinen Absatz der zusätzlich zu erzielenden Produktionsmenge erwarten lässt. Bleibt die Erweiterung der Produktionskapazitäten aus, überwiegen die Rationalisierungseffekte von Investitionen, die fortlaufend – und notwendigerweise – für den Ersatz oder die Modernisierung bestehender Ausrüstungen getätigt werden.

Auch wenn die weltweite Konjunkturentwicklung die Exportwirtschaft im Moment noch stützt – die Binnennachfrage in Deutschland entwickelt sich nach wie vor schwach. Trotz der durch die Wirtschaftsforschungsinstitute unlängst prognostizierten Belebung der Konsumtätigkeit in diesem Jahr kann von einer für Zeiten des Aufschwungs normalen Entwicklung noch keine Rede sein. Ferner ist abzusehen, dass sich geplante Reformmaßnahmen wie die Ausdehnung der Probezeit bei Neueinstellungen auf 24 Monate oder die Erhöhung der Mehrwertsteuer um drei Prozentpunkte ab 2007 ebenso ungünstig auf die Konsumbereitschaft der Bürger auswirken werden wie eine im Zuge der Lohnzurückhaltung fortgesetzte Einkommensumverteilung und die umfangreichen Konsolidierungsmaßnahmen zur Rückführung des Staatsdefizits. Unter diesen Vorzeichen besteht die Gefahr, dass die gesamtwirtschaftliche Nachfrage weiter stagniert und so die durchgeführten angebotsseitigen Reformen im Hinblick auf den

⁶ Tatsächlich ging die Reform der Unternehmenssteuern ab 2001 einher mit einem Einbruch der Investitionstätigkeit (2001: -3,7 %, 2002: -7,5 %, vgl. Abbildungen 2 und 3).

Beschäftigungsaufbau einmal mehr weitgehend wirkungslos bleiben werden.

Nur wenig Spielraum für expansive Wirtschaftspolitik

Die Aussichten auf eine flankierende, expansivere Wirtschaftspolitik sind freilich zurzeit nicht gut. Von der Geldpolitik im Euroraum sind nach den jüngsten Zinserhöhungen durch die Frankfurter Währungshüter keine expansiven Impulse zu erwarten. Die Mehrzahl der Beobachter rechnet vielmehr mit einer schrittweisen Anhebung des Refinanzierungssatzes auf bis zu 3,5%.

Eine Stärkung der Gesamtnachfrage durch wachstumsorientierte fiskalpolitische Maßnahmen (über das beschlossene Investitionsprogramm in Höhe von 25 Mrd. Euro über vier Jahre hinaus) wäre wünschenswert, ist jedoch mit Blick auf das Brüsseler Defizitkriterium derzeit politisch nicht mehrheitsfähig. Die Finanzpolitik sollte sich allerdings – bei aller Notwendigkeit einer fiskalischen Konsolidierung – ihrer Verantwortung für die Stabilisierung der konjunkturellen Entwicklung bewusst sein.⁷ Dies gilt umso mehr, als die Geldpolitik – aufgrund ihrer Orientierung an der durchschnittlichen Preisentwicklung des Euroraums – in Deutschland, das eine relativ niedrige Inflationsrate aufweist, restriktiver wirkt als in anderen Ländern mit deutlich höheren Preissteigerungsraten.

In der Zwischenzeit mag die Hoffnung bestehen, durch eine glaubwürdige und langfristige Politikgestaltung unternehmerische Unsicherheiten (und damit die effektiven Kapitalnutzungskosten) zu ver-

ringern und gleichzeitig die Zuversicht der Bürger und damit ihre Konsumbereitschaft wieder zu erhöhen. Skeptisch anzumerken ist hierzu allerdings, dass im Zusammenhang mit den sozial- und arbeitsmarktpolitischen Reformen, die von der rot-grünen Regierung begonnen wurden und von der Großen Koalition fortgesetzt werden, die gesamtwirtschaftliche Sparquote in Deutschland gestiegen ist – von 9,2% im Jahr 2000 auf 10,7% im Jahr 2005.

Schließlich bleibt mit Blick auf die Binnennachfrage noch die Möglichkeit, die Tariflohnentwicklung in Deutschland wieder zunehmend am Produktivitätsfortschritt auszurichten, wodurch zumindest eine weitere Schwächung der für die private Konsumnachfrage maßgeblichen Masseneinkommen in Deutschland verhindert werden könnte.⁸ Angesichts der bei bereits hoher preislicher Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen weiterhin rückläufigen Entwicklung der Arbeitskosten⁹ sowie der in den Plänen der Bundesregierung vorgesehenen Entlastungen im Bereich der Lohnnebenkosten erscheint dieser Weg mit Blick auf die Entwicklung der Gesamtnachfrage in Deutschland als am ehesten erfolgversprechend.

⁷ Vgl. das Minderheitenvotum des DIW Berlin in: Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute: Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 2006. Wochenbericht des DIW, Nr. 18/2006, 283; Arbeitskreis Konjunktur am DIW Berlin: Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung 2006/2007. Wochenbericht des DIW, Nr. 27–28/2006, 406.

⁸ Auch im laufenden Jahr prognostizieren die Institute Tariflohnzuwächse von rund 1,3% bei einer Preissteigerungsrate von 1,6% – und damit in realer Rechnung eine weitere Schrumpfung der Lohneinkommen, vgl. Arbeitsgemeinschaft a. a. O., 252.

⁹ Die Gemeinschaftsdiagnose erwartet für 2006 einen Rückgang der Lohnstückkosten um 0,7% im Vergleich zum Vorjahr, vgl. Arbeitsgemeinschaft a. a. O., 244.



Nachrichten aus dem DIW Berlin

Achtung: Betrüger missbrauchen den Namen „DIW Berlin“

Eine Telefonmarketingfirma ruft derzeit bei Privathaushalten an, wobei sich die Mitarbeiter mit „Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung“ melden. Sie geben vor, eine Umfrage zu machen, bieten den Betroffenen dann aber Versicherungen und Geldanlagen an. Wir kennen diese Firma nicht und verwehren uns scharf dagegen, dass unser Institutsname in dieser Form missbraucht wird. Wir haben Strafanzeige und Strafantrag bei der Polizei gestellt. Wir möchten Betroffene bitten, sich bei uns zu melden, vielleicht haben sie Hinweise, die zur Aufklärung führen.

Kontakt
Dörte Höppner
Telefon: 030 - 897 89 - 549
E-Mail: dhoeppner@diw.de

Impressum

DIW Berlin
Königin-Luise-Str. 5
14195 Berlin

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann (Präsident)
Prof. Dr. Georg Meran (Vizepräsident)
Dr. Tilman Brück
Dörte Höppner
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Dr. Bernhard Seidel
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Alfred Steinherr
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Dr. Axel Werwatz, Ph.D.
Prof. Dr. Christian Wey

Redaktion

Kurt Geppert
Dr. Elke Holst
Manfred Schmidt
Dr. Mechthild Schrooten

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49 - 30 - 89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805 - 198888, 12 Cent/min.

Reklamationen können nur innerhalb von vier Wochen nach Erscheinen des Wochenberichts angenommen werden; danach wird der Heftpreis berechnet.

Bezugspreis

Jahrgang Euro 180,-
Einzelheft Euro 7,- (jeweils inkl. Mehrwertsteuer und Versandkosten)
Abbestellungen von Abonnements spätestens 6 Wochen vor Jahresende

ISSN 0012-1304

Bestellung unter leserservice@diw.de

Konzept und Gestaltung

kognito, Berlin

Satz

eScriptum, Berlin

Druck

Walter Grütmacher GmbH & Co. KG